



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Ratssekretariat
Kommission für Soziales, Bildung und
Kultur (SBK)
Predigergasse 1
3011 Bern

Bern, 16. Dezember 2020

Reglement über die Spezialfinanzierung «Asyl- und Flüchtlingsbereich» (RSF): Anträge aus dem Stadtrat; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 19. November 2020 fand die 1. Lesung im Stadtrat zum titelvermerkten Geschäft statt. Im Vorfeld der 1. Lesung hat die SVP vier Anträge dazu gestellt (drei Rückweisungsanträge und einen Änderungsantrag). Diese sind nachfolgend abgebildet. Mit SRB 2020-456 vom 19. November 2020 wurde das Geschäft zuhanden einer zweiten Lesung verabschiedet. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, die vier Anträge abzulehnen und begründet dies nachfolgend kurz.

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 1: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, die möglichen Mehrkosten für den Steuerzahler zu beziffern.	Erfolgt mündlich
2.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 2: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, abzuklären, ob dieses Vorgehen gemäss den Bestimmungen des Beschaffungsrechtes überhaupt zulässig ist (die Mehrkosten tragen bei der Lösung des Gemeinderates die Steuerzahler	Erfolgt mündlich

		der Stadt - sonst jeweils die Unternehmung, die den Zuschlag erhalten hat) und es sei eine Neuausschreibung durchzuführen.	
3.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 3: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, abzuklären, ob hier nicht eine unzulässige Benachteiligung der Gewerbekonkurrenten durch das Vorgehen Stadt Bern (unsauberer Wettbewerb) vorlag und es sei eine Neuausschreibung durchzuführen.	Erfolgt mündlich
4.	SVP	Änderungsantrag: Die Nachschussmöglichkeit gemäss Art. 3 Abs. 2 RSAF sei zu streichen.	Erfolgt mündlich

Der Gemeinderat spricht sich für die Abweisung der drei Rückweisungsanträge aus. Begründung:

Bei dem vorliegenden Reglement über die Spezialfinanzierung «Asyl- und Flüchtlingsbereich» (RSAF) handelt es sich um eine technische Vorlage. Die Spezialfinanzierung dient der Abwicklung des Leistungsauftrags der Stadt mit dem Kanton Bern zur Erfüllung der Aufgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich (NA-BE). Die Gründe für die Einführung einer Spezialfinanzierung können dem Stadtratsvortrag zum Geschäft entnommen werden; eine Spezialfinanzierung ermöglicht es insbesondere, Mittel für einen bestimmten Zweck zu binden und Ertrags- und Aufwandüberschüsse über das Rechnungsjahr hinaus auszugleichen. Dies dient der Umsetzung und namentlich auch der Transparenz der Aufgabenerfüllung in diesem Bereich. Eine Rückweisung der Vorlage hat nicht zur Folge, dass die Aufgabe nicht oder anders erfüllt wird. Diese wird unabhängig davon erfüllt, und zwar gestützt auf den Leistungsvertrag mit dem Kanton Bern und die kantonalen gesetzlichen Grundlagen, auf die sich dieser Leistungsvertrag stützt.

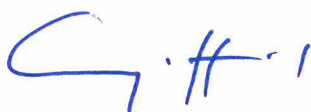
- Durch die Vorlage entstehen keine Mehrkosten, wie dies der Rückweisungsantrag Nr. 1 suggeriert.
- Die Eingabe der Stadt Bern wurde vom Kanton als rechtmässig eingestuft und hat im Vergabeverfahren obsiegt. Ein dagegen nachträglich erhobenes Gesuch um Wiedererwägung, in welchem namentlich auch die in den Rückweisungsanträgen 2 und 3 erhobenen Vorwürfe – das Vorgehen sei beschaffungsrechtlich nicht zulässig und Konkurrenten seien unzulässig benachteiligt worden – vorgebracht wurden, wurde vom Kanton mit mittlerweile rechtskräftigem Entscheid vom 2. September 2020 abgewiesen. Die diesbezüglichen Rügen wurden als unbegründet beurteilt. Nach Ansicht der BSS erübrigen sich die in den Rückweisungsanträgen Nr. 2 und 3 geforderten weiteren Abklärungen durch den Gemeinderat angesichts der in einem rechtlichen Verfahren erfolgten Beurteilung, wonach die genannten Vorwürfe unbegründet sind.

Der Gemeinderat spricht sich für die Abweisung des Änderungsantrags aus. Begründung:

Die Formulierung in Artikel 3 Absatz 2 sieht lediglich die Möglichkeit vor, Einlagen zu tätigen und trägt dem Stadtratsbeschluss zum Eventualverpflichtungskredit NA-BE Rechnung. Diese zusätzlichen Mittel dürfen jedoch nur mit dem Zweck eingelegt werden, ein allfälliges Defizit aus der Betriebsrechnung auszugleichen, wenn dieses nicht mit vergangenen oder (voraussichtlich) zukünftigen Überschüssen ausgeglichen werden kann. Der Betrag der zusätzlichen Einlagen ist beschränkt: Der Gemeinderat darf während der gesamten Laufzeit des Leistungsvertrags mit dem Kanton (2020 – 2028) nur Mittel aus dem vom Stadtrat mit SRB 2020-74 vom 13. Februar 2020 bewilligten Verpflichtungskredit für die Risikoabdeckung der Neustrukturierung NA-BE einschiessen (maximal 3,36 Mio. Franken über die gesamte Laufzeit). Dies geht aus dem Vortrag aus dem Stadtrat so hervor. An der Haltung des Gemeinderats hat sich seit Februar 2020 indessen nichts geändert. Der Gemeinderat will für die Erfüllung dieses Auftrags nur die vom Kanton dafür erhaltenen Gelder einsetzen. Den Eventualverpflichtungskredit zur Risikoabdeckung, den der Stadtrat genehmigt hat, hat der Gemeinderat dem Stadtrat aus rechtlichen Gründen unterbreitet. Da der Stadtrat diesen Eventualverpflichtungskredit im Februar 2020 bewilligt hat, hat der Gemeinderat dies im vorliegenden Reglement berücksichtigt und die Möglichkeit für entsprechende Einlagen vorgesehen.

Der Gemeinderat bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Anliegen und Anträge.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber



Anträge

Stadtratssitzung vom 19. November 2020

Traktandum 11: Reglement über die Spezialfinanzierung Asyl- und Flüchtlingsbereich (RSAF); 1. Lesung (2017.BSS.000112)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 1: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurück zu weisen mit der Auflage, die möglichen Mehrkosten für den Steuerzahler zu beziffern.	Erfolgt mündlich
2.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 2: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurück zu weisen mit der Auflage, abzuklären, ob dieses Vorgehen gemäss den Bestimmungen des Beschaffungsrechtes überhaupt zulässig ist (die Mehrkosten tragen bei der Lösung des Gemeinderates die Steuerzahler der Stadt - sonst jeweils die Unternehmung, die den Zuschlag erhalten hat) und es sei eine Neuausschreibung durchzuführen.	Erfolgt mündlich
3.	SVP	Rückweisungsantrag Nr. 3: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurück zu weisen mit der Auflage, abzuklären, ob hier nicht eine unzulässige Benachteiligung der Gewerbekonkurrenten durch das Vorgehen Stadt	Erfolgt mündlich

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
		Bern (unsauberer Wettbewerb) vorlag und es sei eine Neuausschreibung durchzuführen.	
4.	SVP	Änderungsantrag: Die Nachschussmöglichkeit gemäss Art. 3 Abs. 2 RSAF sei zu streichen.	Erfolgt mündlich